

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Kassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 80 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Formner, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gelbgießer und Gütfler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags Abonnementspreis bei der Post 80  $\frac{1}{2}$ , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 27. Dezember 1890.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20  $\frac{1}{2}$ . Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

## Zur Beachtung!

Die nächste Nummer unseres Blattes wird einen Tag früher als gewöhnlich fertiggestellt. Wir ersuchen deshalb, alle dafür bestimmten Berichte und Anzeigen so frühzeitig als möglich einzusenden; spätestens am Montag Morgen muß die Sendung in unseren Händen sein, wenn sie noch Aufnahme finden soll.

Die Redaktion u. Expedition.

## Zur Jahreswende.

Das Jahr 1890 vorbei! Wenn diese Nummer unseres Blattes in die Hände der Leser kommt, wird man bald schreiben: 1891. Noch neun Jahrzehnte und das Jahrhundert ist zu Ende, das neunzehnte Jahrhundert, das Jahrhundert der „Aufklärung und der Humanität“, wie man es so gerne nennt.

Aufklärung! Humanität! Welche Verlehrung der Begriffe, die heute herrschenden Strömungen also zu bezeichnen! Wir stehen dicht vor der Ausgangspforte des Säculums, und wenn wir anfangen wollten, Vergleiche anzustellen zwischen dem, was ist, und dem, was im selben Stadium des vorigen Jahrhunderts war, so würden wir nach langer Arbeit zu dem beschämenden Resultat kommen, daß wir — abgesehen von dem, was auf dem Gebiete der Erfindungen, der Technik u., geleistet wurde — doch beschämend wenig vorwärts gekommen sind, ja, daß in Bezug auf freiheitliche und humanitäre Entwicklung unsere Zeit eigentlich einen Rückgang, relativ wenigstens, zu verzeichnen hat.

Doch, wir haben ja nicht zur Feder gegriffen, um Vergleiche über den Werth oder Unwerth des 18. und 19. Jahrhunderts anzustellen, sondern um einen Rückblick auf das scheidende Jahr zu werfen. Es ist eines von den „sozialpolitischen“ Jahren. Leben wir ja doch, so versichert man uns in allen Tonarten, seit Beginn des eben zur Rüste gehenden Jahrzehnts in der Ära der sozialen Reformen. Zwar haben wir von den praktischen Ergebnissen der angeblich mit rastlosem Eifer betriebenen Sozialreform noch blutwenig bemerkt, im Sinne der Besserstellung unserer Lage nämlich; dagegen schon allerlei gespürt, was recht unangenehm nach Reaktion duftet. Und das, was wir in nächster Nähe am sozialpolitischen Horizont erblicken, ist keineswegs einladender.

Der Beginn des Jahres 1890 brachte uns das Ende des im Februar 1887 gewählten Kartellreichstages, der dem Volke so enorme Lasten auferlegt hat, und die Wahlen zu einem neuen Reichstag. Eine ganz werkwürdige Atmosphäre lagerte über Deutschland: Ungewißheit, Hoffnung, Kampfesfreudigkeit. Das arbeitende Volk hatte sich gelobt, ganz außerordentliche Anstrengungen zu machen, um den herrschenden Klassen unzweideutig zu zeigen, daß das Volk es müde geworden, die Ketten eines

schmachvollen Ausnahmegesetzes mit Schafgebuld weiter zu tragen und all' das was „Namens der Nation“ von den oberen Zehntausend über die große arbeitende Mehrheit zu verhängen für gut befunden werde, ferner unbesehen hinzunehmen.

Und es hat Wort gehalten! Der 20. Februar, der Tag der Neuwahl, zeigte der erstaunten und — erschrockenen „Welt“ einen Aufmarsch des kämpfenden Proletariats, wie ihn wohl Niemand erwartet hatte, selbst die optimistischsten Kämpfer der vordersten Reihen nicht: anberthalb Millionen sozialdemokratische Wahlstimmen wurden abgegeben, als Protest gegen die bestehende Staats- und Wirtschaftsverordnung, ins besondere gegen den Alles erdrückenden Militarismus, gegen die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel, gegen die unbeschränkte Ausbeutung der Arbeitskraft von Millionen durch eine Minderheit Privilegirter.

Das, was vor den Wahlen in der Luft lag, war aber nicht bloß den Massen des Volkes bemerkbar geworden. Nein, bis in die hohen und höchsten Kreise war jenes unbestimmte Etwas gebrungen, das am 20. Februar mit so elementarer Wucht zum Durchbruch kam. Am 4. Februar erschienen die seit jener Zeit so oft erwähnten Erlasse, welche den Willen des Kaisers bekundeten, auf dem Gebiete des bisher total vernachlässigten Arbeiterschutzes einen ersten Schritt nach vorwärts zu thun, diese so wichtigen Fragen internationaler Verathung zu unterbreiten, eine Regelung derselben durch gemeinsames Vorgehen der Kulturstaaten herbeizuführen, zugleich aber im nationalen Rahmen voranzugehen, die ärgste Ausbeutung durch gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit u. zu beschränken, und die Arbeiter zu gleichberechtigten Staatsbürgern avanciren zu lassen.

Niemand wird bestreiten, daß diese Erlasse einen mächtigen Eindruck hervorriefen: bei der Bourgeoisie Furcht und Unmuth, bei den Arbeitern zum Theil Hoffnung, zum Theil wenigstens gespannte Erwartung, was nun wohl der Gesetzgebung an schöpferischer Thätigkeit in sozialpolitischer Hinsicht beschieden sein werde. Den nachhaltigsten Eindruck machten sie in der nächsten Umgebung der Krone, in den engeren Zirkeln jenes gewalthätigen Staatsmannes, den fast alle Welt für allmächtig gehalten hatte. Dieser Protektor der Millionäre, dieser Gegner, nein, Feind jeglicher arbeitervriendlichen Maßregel, der Erfinder des Sozialistengesetzes — er vermochte es nicht zu fassen, daß auch nur das Allergeringste an seinen ausgefahrenen Geleisen geändert werde, und als der Märzmonat kam und nach Beendigung der Stichwahlen die ganze Größe der Niederlage dieses „großen“ Staatsmannes übersehen werden konnte, da wurde er htnweggefegt von dem Märzemwind, ein gar seltsamer „Märzgefallener“.

Wie der verheißene Arbeiterschutz in der Praxis ausfallen werde, darüber

haben wir uns keinen Illusionen hingegen, die große Mehrzahl unserer Leser wohl auch kaum: ist ja doch die deutsche Arbeiterklasse aus der Phase der Illusionen glücklicher Weise heraus. Man war sich sehr wohl bewußt, daß die Auswüchse des Kapitalismus — so weit sie ohne Beseitigung der Wurzeln überhaupt wirksam beschnitten werden können — nicht durch ein einfaches Kaiserwort zu beseitigen oder auch nur einzuschränken sind. Zwischen den Erlassen und dem Uebergang zu durchgreifenden praktischen Reformen lag ein weiter Weg, ein Weg, der durch viele Sümpfe und Wüsteneien führte, durch das Wuthgeheul der Bourgeoisie und durch die ungesunde Luft des deutschen Parlamentarismus.

Wir haben in unserem heutigen Rückblick nicht nöthig, Punkt für Punkt den Arbeitern zu zeigen, was aus den angekündigten Reformen geworden ist. Der so gut wie resultatlose Verlauf der internationalen Berliner Konferenz, zu der nur Frankreich einen wirklichen Vertreter des Proletariats gesandt hatte, ist bekannt. Ebenso das Schicksal des Arbeiterschutzes, den die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag einbrachte. Aus den in den letzten Wochen von uns so ausführlich als möglich gebrachten Berichten über die Thätigkeit der Arbeiterschutzes-(Gewerbeordnungs-)Kommission war weiter zu ersehen, was von dieser Gesetzgebung auf praktisch-arbeiterfreundlichem Gebiete zu erwarten ist: ein Einsengericht in Gestalt von einigen Verbesserungen in Bezug auf Frauen- und Kinderarbeit und Sonntagsruhe. Und für dieses Einsengericht soll das arbeitende Volk, das ohnehin karg genug zugemessene Koalitionsrecht hingeben und für den sogenannten Kontraktbruch sich „büßen“ lassen!

Auf den 20. Februar folgte der 1. Mai. Nicht ein Siegestag wie der erstere war letzterer. Hat er uns auch Demonstrationen von gewaltigem, respektablen Umfange zu Gunsten des Achtstundentages und des internationalen Arbeiterschutzes gebracht, so hat er uns doch auf der anderen Seite gezeigt, wie unendlich viel den Organisationen der deutschen Arbeiter noch fehlt, um die Macht zu haben, welche nöthig ist, der profitwüthigen Bourgeoisie auch nur einen einzigen Tag der Arbeit als Feiertag abzurufen! Dazu kommt, daß schon zu jener Zeit sich sehr fühlbare Symptome des beginnenden wirthschaftlichen Niederganges bemerkbar machten und in mehreren Industriezentren, so in der Reichshauptstadt und anderwärts, die Unternehmer förmlich nach einem Vorwand lechzten, die „unbotmäßigen“ Arbeiter, die es wagten, auf eigene Faust in das geheiligte Räuberwerk des Produktionsprozesses einzugreifen, kalt zu stellen. Zu der Brutalität diverser Unternehmer gesellte sich auf der anderen Seite eine sehr unmotivirte Siegesgewißheit einer Anzahl Arbeiter, und so brachte uns der „wunder schöne Monat Mai“ jene riesigen

Ausperrungen, die dazu bestimmt waren, die Kassen der Arbeiterorganisationen zu leeren, Zwiespalt zu säen, das Band der Solidarität zu lockern. Die Absicht ist in Bezug auf die beiden letztgenannten Punkte ja zu Schanden geworden, in Betreff des ersteren hat der Sieb dagegen unstreitig tiefe Wunden geschlagen, die heute wohl kaum schon ganz verharst sein dürften. Viel Vernünftiges hätte für die zur Abwehr nöthigen Summen geschaffen werden können. Und doch sind auch diese Kriegskosten nicht umsonst geopfert worden: welch' herrliche Blüthen von Opferwilligkeit hat dieser Niesenkampf gezeitigt, wie viel fester sind die so brutal mit dem Ausgehungen Bedrohten zusammengeschweißt worden!

Die nächste Folge der Ausperrungen war die Anregung der allgemeinen Gewerkschafts-Konferenz durch die Vertrauensmänner der Metallarbeiter. Seitdem das Sozialistengesetz gefallen, haben die Herren Unternehmer nicht mehr das beruhigende Gefühl, daß eine hochwohlwollende Polizei Alles für sie thut. Fachvereine und ganze Gewerkschaftsverbände können nicht mehr auf Grund des gemeingefährlichen Gesetzes mit einem Federstrich aus der Weltgeschichte ausgelöscht werden, auch geht es nicht immer, diese Vereine, die nicht den hundertsten Theil so viel „Politik“ treiben, wie die Fabrikantenvereine, Berufsgenossenschaften und Innungen, mir nichts dir nichts für „politisch zu erklären“ und dann wegen „miteinander in Verbindung treten“ zu schließen und die Leiter zu bestrafen, auch ist das Mittel, sie zu Versicherungsgesellschaften zu stampeln, deren „Geschäftsbetrieb“ (!) in den einzelnen Bundesstaaten erst zugelassen werden muß, schon etwas allzuverbraucht —; das Alles ist unserer Vollblutbourgeoisie zum Bewußtsein gekommen und deshalb ergänzt sie den Ausfall von behörlicher Unterstützung durch eigenes Eingreifen: sie gründet Kartelle und Ringe einerseits zum Preistreiben, und „Arbeitgeberverbände“ andererseits zum Drücken der Löhne und Maßregeln der Arbeiter. Sprengung der Arbeiter-Organisationen! Das ist ihre Lösung auf der ganzen Linie, und auch die gegenwärtigen Ausperrungen, insbesondere die der Tabak- und Zigarrenarbeiter in Hamburg und Schwerte, ebenso wie die der Schuhfabrikarbeiter in Erfurt, sind nichts weiter als ein Ausfluß dieses „menschenfreundlichen“ Bestrebens. Sie organisiren sich dazu ohne Branchenunterschied, ihre Verbände umfassen alle irgend mit einander in gewerblicher Beziehung stehenden Betriebsarten.

Daß letzteres auch für die Arbeiter ein unumgängliches Gebot der Nothwendigkeit ist, kam auf der Gewerkschafts-Konferenz in erfreulicher Weise zum Durchbruch. Ein Kartell kann aber nur zwischen Leistungsfähigen Faktoren abgeschlossen werden, Zwergeverbände und Zwergezentralisatidonen sind nur im Wege.

Wenn der bevorstehende allgemeine Gewerkschafts-Kongress an die Ueberlegung dieser Gedanken in die Praxis herantreten wird, dann wird sich erst zeigen, wie gründlich auf diesem Felde aufgeräumt werden muß, um die Organisations der deutschen Arbeiter denen der Industriellen auch nur ebenbürtig zu machen. Wir müssen diesen aber nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen, weit aus überlegen sein, wenn wir mit der gewaltthätigen Gesellschaft fertig werden wollen.

Die zuletzt hier aufgeführten Gedanken kamen auch widerspruchslos auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zur Geltung, der vom 12. bis 18. Oktober in Halle a. S. tagte, zum ersten Male wieder nach zwölfjährigem Exil auf vaterländischem Boden.

Nicht der Umstand allein, daß dieser Kongress sich, unseres Wissens zum ersten Male, mit der Gewerkschaftsbewegung, mit den Lohnkämpfen, den Streiks, den Boykotts u. offiziell beschäftigte und in oben erwähntem Sinne sich ausdrückte, ist es, daß wir denselben in unserer Mittheilung als ganz besonderes Ereigniß feiern. Es ist vielmehr die großartige Bedeutung, welche dieses Arbeiterparlament für die gesammte Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten gehabt hat, die uns veranlaßt, seiner hier ausdrücklich zu gedenken und den Wunsch auszusprechen, daß der in diesen Tagen erschienene Bericht über die Verhandlungen des Parteitages eifrige Leser an sämmtlichen in den Metallbranchen beschäftigten Genossen finden möge.

Die letzten Tage des alten Jahres haben uns im Reichstage noch die erste „Verathung“ der neuen Krankenkassengesetz-Novelle gebracht, eines Gesetzentwurfs, welcher bestimmt ist, den freien Hilfskassen, die vielen Unternehmern und der Regierung wegen des Prinzips der Selbstverwaltung gleich un sympathisch sind, die Lebensader gänzlich zu unterbinden.

„Licht und Schatten gleichmäßig vertheilen“ nennt man im Geheimrathsjargon das Bestreben, die freien Arbeiterkassen zum Uchensbrödel der Ortstassen zu machen und auch in den letzteren selbst mehr und mehr den reaktionärsten Tendenzen zum Durchbruch zu verhelfen. Zu gleicher Zeit, da in der Leipzigerstraße zu Berlin diese Gesetzesmaterie diskutiert, oder richtiger nicht diskutiert wurde — denn außer den Sozialdemokraten und Max Hirsch trat Niemand ernsthaft in die Debatte ein — tagte in der Beuthstraße der Kongress der Delegirten freier Hilfskassen und auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen errichteten Krankenkassen, der in viertägiger Verhandlung ernst und würdig nicht bloß diese Materie, sondern auch die Abänderungsbedürftigkeit der übrigen Versicherungsgesetze erörterte, und die unseren Lesern bereits bekannten Beschlüsse faßte.

Ob dieses Vorgehen der freien Klassen etwas nützen wird? Wir bezweifeln es. Vielleicht läßt man die allerletztschrittlichsten Projekte fallen, vielleicht auch nicht. Mögen aber die Würfel fallen wie sie wollen, die selbständigen Klassen der Arbeiter werden in irgend einer geeigneten Form nicht nur erhalten bleiben, sondern sich stärken in einer Weise, wie ihre Gegner jetzt noch nicht glauben mögen, aber auch die Zwangsklassen werden durch den Druck, der auf die wohl geschulten Truppen der Hilfskassen ausgeübt wird, eine Gestaltung erfahren, die den Protektoren des Kaisenthums von Zwangsklassen nichts weniger als angenehm sein dürfte.

Was sollen wir aus unserem „lieben Vaterlande“ noch erwähnen vom Jahre 1890? Wir denken, die aufgeführten Thatsachen genügen unseren Genossen, nicht bloß als Stoff zum Nachdenken,

sondern auch als Sporn zu den unausbleiblichen Kämpfen im neuen Jahre.

Die Weltgeschichte läßt sich glücklicher Weise durch reichsdeutsche Krankenkassen-Novellen, Kontraktbruch-Gesetze und ähnliche Wahnachtsstüpfelchen nicht aufhalten. Sie geht vorwärts! Und nicht bloß in Deutschland! Aus allen Ländern kommen günstige Nachrichten über das Fortschreiten der Arbeiterbewegung, wie dies speziell wieder der österreichische Metallarbeiterkongress zu Wien am 27. Dezember zeigt.

Die deutsche Metallarbeiterbewegung hat trotz unverständiger Zersplitterungsversuche mächtige Fortschritte gemacht, eine große Zahl neuer Vereine hat sich gebildet, die „Metallarbeiter-Zeitung“ zählt an Abonnenten fast um die Hälfte mehr als bei der vorigen Jahreswende — es ist also trotz aller Wolken keine Veranlassung, trüben Auges in die Zukunft zu blicken. Die deutschen Metallarbeiter sind gute Wolkenstieher, sie haben noch ein grades, kräftiges Rückgrat und werden auch die Hindernisse, die am Jahreschluß unheimlich aufgethürmt auf ihrem Wege liegen, mit energischem Ruck bei Seite schieben.

Dazu rufen wir ein kräftiges  
**Glück-Auf!**

### Ein alter Humbug.

1.

Wenn irgendwo aus der Kumpfkammer phylanthropischer Heuchelei ein Vorschlag ausgekratzt wird, der in seinem Endzweck darauf hinausläuft, den Arbeiter unter der Maske wohlwollender Fürsorge noch mehr zu knechten, als es heute schon der Fall ist, ihn in einem noch höheren Grade ausbeutungsfähig zu machen, so dürfen wir sicher sein, daß ihn die „Eisen-Zeitung“ nicht bloß reproduziert, sondern ihn auch noch mit einigen Reklamestößen empfiehlt.

Ein solcher Ladenhüter ist der uralte Vorschlag, mittelst Arbeiter-Wohnhäuser die soziale Lage der Arbeiterklasse zu bessern. Unter dem Titel: „Arbeiter-Wohnhäuser“ reproduziert die „Eisen-Zeitung“ aus einer Broschüre des Architekten Mier in Nr. 49 einige „Worte der Beherzigung“, die dieser seinem spekulativen Büchlechen vorausschickt, und bezeichnender Weise beginnt die „Eisen-Zeitung“ ihr Zitat mit einer Stelle, die im Grunde genommen nichts ist als ein vernichtendes Urtheil über die Unzulänglichkeit und Bedeutungslosigkeit der ganzen deutschen Sozialgesetzgebung.

Bisher hörten wir in der Unternehmerpresse, zu deren vorlautesten und ungenirtesten Mundstücken die „Eisen-Zeitung“ gehört, immer nur die Melodie, welche ungeheure Opfer diese Sozialgesetzgebung der Unternehmerklasse aufbürde, und was für ein frivoles, verächtliches, verlogenes Spiel die schlechte Arbeiterpresse treibe, wenn sie den Arbeitern immer nur die Unzulänglichkeit dieser Art Sozialreform schildere, immer darauf hinweise, daß das Wesen der heutigen Lohnsklaverei, die Grundursachen des heutigen sozialen Elends, die Wurzeln des Ausbeutungssystems gar nicht getroffen werde, daß die ganze Sozialreform für die erkrankten, verunglückten, invaliden Opfer des Kapitalismus zwar einige Bänderungen ihres Elends biete — zum großen Theile aus deren eigenem Beutel —, daß aber gar nichts gethan werde, um die gesunden arbeitskräftigen Glieder des Proletariats vor der Erkrankung, Arbeitsunfähigkeit und vorzeitiger Invalidität zu bewahren, daß also diese ganze großartige Sozialreform im Grunde nur eine andere Art, eine moderne Reformirung der Armenpflege sei.

Und nun stelle man sich unser Erstaunen vor, in der „Eisen-Zeitung“ — wohlverstanden, in der „Eisen-Zeitung“!

— plöblich dieselbe frivole, verlogene sozialdemokratische Kritik der großen deutschen Sozialreform zu lesen. Man höre nur:

„Die Altersversorgungen, Krankenkassen, Arbeiterschutz- und Unfallversicherungen für Arbeiter sind dankenswerthe Einrichtungen (wie bescheiden!), denn sie schützen den Arbeiter vor dringender Noth (also nicht vor Noth überhaupt, sondern bloß vor dringender Noth, und auch dann nur), wenn seine Arbeitskraft erlahmt . . .“

Das ist nun zwar schon ein sehr hübsches Eingeständniß und ein von dieser Seite sehr unerwartetes Zugeständniß an uns, aber es kommt noch besser. Unmittelbar hieran anschließend heißt es:

„Bei weitem größer aber ist die Versorgung, die sich der rechte Mann selbst schafft, und zwar die Sparsamkeit, die, in seiner besten Manneskraft geübt, ihm dazu helfen soll, sich ein eigenes kleines Heimwesen zu schaffen, um der immerwährenden Sorge um den Mehrgewinn enthoben zu sein . . .“

Wir wollen dies Zugeständniß, das der „Eisen-Zeitung“ natürlich nur so nebenbei — mit der Scheerel — einschlepft ist, einfach festhalten. Auf eine Kritik dieses Punktes haben wir hier nicht einzugehen, sie ist schon in unseren späteren Ausführungen mitenthalten, wenn wir nachweisen können, nicht nur wie bettelhaft diese hier gerühmte „bei weitem größere“ Versorgung wäre, wenn sie möglich, sondern wie dieses ganze Projekt eine speisbürgerliche Utopisterei ist, die auf einfache Feudalisierung der Arbeiter hinausläuft, an der Konsequenz der kapitalistischen Produktion aber scheitern muß und überall gescheitert ist, wo sie versucht wurde.

Kehren wir also zur „Eisen-Zeitung“ zurück. Nachdem sie den Verfasser der Broschüre ein Lamento über die ungesunden und theuren Wohnungen hat singen lassen, zitiert sie weiter:

„Nun sind es aber nicht mehr allein die großen Städte, sondern auch mittlere und kleine Orte und Bahnstationen, welche mehr und mehr der Industrie sich erschließen; die Arbeiter werden in den großen Städten zu theurer und die Industrie zieht der billigeren Arbeitskraft nach; natürlich werden dann in solch kleinen Orten die kleinen Wohnungen bald vergriffen sein.“

„Es sollen ja aber auch die Wohnungen des Arbeiters nicht in der Stadt sein, ja es ist besser für ihn, auf dem Lande zu wohnen, dort bekommt er billigeres Areal, der Weg schadet ihm nie, er und seine Familie gedeihen besser, die Frau kann durch Beschäftigung im Hause, Pflege des Gartens, durch Halten von Hühnern, Ziegen u. zum Lebensunterhalt viel beitragen und braucht nicht mit in die Fabrik zu gehen und die Kinder anderweit zur Beaufsichtigung zu geben.“

Die Bewirthschaftung eines Stück Pachtfeldes liefert die Nahrungsmittel und der Mann wird mit Freuden vor und nach Feierabend auf seinem Felde arbeiten, während andere, die in der Stadt bleiben, in der Kneipe sitzen. Er hat frische Luft, sie Kneipenluft, nachdem sie den ganzen Tag schon in Fabrikfälen waren. Ist die Entfernung vom Arbeitsort beträchtlicher, so kommen ihm schon überall die billigen Arbeiterzüge der Eisenbahn zu gute. Hier in seinem kleinen Orte ist er als Angehörer ein geachtetes Mitglied der Gemeinde- und Kirche, in der Stadt verschwindet er und fühlt das auch; sein Besitz macht ihn sparsam und haushälterisch, er lernt die kleinen Erparnisse nützlich für seine Bewirthschaft anzulegen, er hat jetzt mehr Interesse und auch Verständnis für

unsere wohlwollende Staatsregierung, denn — — — — — er ist in die besitzenden Klassen eingetreten.“

Damit, denken wir, lassen wir es für heute genug sein! Die weiteren Auseinandersetzungen, mehr moralisirender Art, gehen bald auf die technischen und finanziellen Grundlagen des Projektes ein und weisen nach, wie billig, auch wie billig der Arbeiter auf diese Weise in die „besitzenden Klassen eintritt“. Für Lumpige 2500 Mark ist der Weg zu Rothschild, Stumm und Strupp geöffnet, mit Lumpigen 2500 Mark ist das „Verständniß für unsere wohlwollende Regierung“ eröffnet! Ja, noch mehr, diese Lumpigen 2500 Mark braucht man nicht einmal zu haben, die Lumperei ist noch viel größer, man braucht sie nur zu wollen! So billig ist der Weg zu Macht und Reichthum, zu Glück und Patriotismus, zum „Verständniß für unsere wohlwollende Staatsregierung“ nie offerirt worden.

Nebenbei bemerkt: eigentlich ist es eine ganz infame Beleidigung für unsere Staatsregierungen, wenn die „Eisen-Zeitung“ damit behauptet, um die wohlwollenden Absichten unserer Regierungen verstehen zu können, müsse man in die Reihen der besitzenden Klassen eingetreten sein! „So ungefähr, nur mit etwas anderen Worten“ spricht ja die Sozialdemokratie auch von Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung!

Und nun Scherz bei Seite: betrachten wir uns einmal nüchtern, was an diesem ganzen hohlen Phrasentamam ist. Lösen wir alle diese heuchlerischen Redensarten in die Fragen auf: Was ist die moderne Wohnungsnoth? Woher kommt sie? Und wie ist sie zu lösen?

Und wenn wir diese Fragen im nächsten Artikel beantwortet haben, dann werden wir wieder ein Wörtchen mit der „Eisen-Zeitung“ zu reden haben.

### Die internationalen Zusammenhänge der Geschäftswelt und die Abhängigkeit der Arbeiter von der Großgannerei der Börse.

III.

Ehe wir zur Kennzeichnung der bereits zu Tage getretenen und des weiteren zu erwartenden Wirkungen der Mac Kinley-Bill übergehen, wollen wir auch noch im Interesse der Leser der Metallarbeiter-Zeitung diejenigen Bestimmungen der Bill in möglichster Kürze wiedergeben, welche die Metallindustrie angehen.

Metalle und Metallfabrikate faßt das Gesetz in Gruppe C zusammen. Bei dieser Gruppe finden sich im Verhältnis zu den übrigen Theilen der Bill ungewöhnlich häufig die alten Zölle einerseits aufrecht erhalten, andererseits sogar ermäßigt.

Indessen stoßen wir auch auf beträchtliche Erhöhungen der Zölle auf Produkte und Rohmaterialien dieses Industriezweiges.

An vielen Stellen werden die Zölle auf billigere Waaren vermindert, auf theurere Waaren desselben Genres aber erheblich erhöht.

So geschieht es z. B. in dem Abschnitte, der von Eisen- und Stahlplatten handelt. Danach ist jetzt zu zahlen für:

Kesselplatten, eisen oder stählern u. a. Eisenplatten nicht dünner als Nr. 10, geschnitten oder ungeschnitten, Röhren-Eisen oder Stahl, geschnitten oder in Rinnen gewalzt, früher 1 1/4 c per Pfd., jetzt unter 1 c per Pfd. werth 5/10 c per Pfd.; 1 c bis 1 1/10 c werth 65/100 c per Pfd.; 1 1/10 c bis 2 c werth 8 10 c per Pfd.; 2 c bis 3 c werth 14 10 c per Pfd.; 3 c bis 4 c werth 15/10 c per Pfd.; 4 c bis 7 c werth 2 c per Pfd.; 7 c bis 10 c werth 2 8/10 per Pfd.; zwischen 10 und 13 c — 3/4 c, über 13 c werth per Pfd. 45 pCt.

Ferner:

Eisen- und Stahlblech und Platten, do. Streifen, Bänder u. s. w., ausgenommen Weißblech, Terneblech und andere später aufgeführte Artikel, falls galvanisirt oder überzogen mit Zink, Spelter oder anderem Metall oder einer Mischung

ung derselben, früher 3/4 c, jetzt 1/4 c mehr als im vorhergehenden Paragraph bestimmt.

Dieser belastet Eisen- und Stahlblech pro Pfund mit 1-14/10 Cent. Es ist demnach zu zahlen statt der bisherigen 3/4 Cent pro Pfund jetzt mindestens 1 3/4 bis 2 3/20 Cent.

Weiterhin ist zu entrichten für:

Draht: Eisen- oder Stahl-Draht nicht feiner als Nr. 10, früher 1 1/2 c, jetzt 1 3/4 c; zwischen Nr. 10 und Nr. 18, früher 2 c, jetzt 1 3/4 c; zwischen Nr. 18 und 26, früher 2 1/2 c, jetzt 2 3/4 c; feiner als Nr. 26 früher und jetzt 3 c per Pfd. Alle Draht mit Baumwolle, Seide oder anderem Material bezogen und Drahtstahl, wie Put-, Krinolinen- und Korsettdraht, soll früher 4 c per Pfund, jetzt 5 c per Pfund. bezahlen. Jetzt: flacher Drahtstahl oder Stahlblech in Streifen, dünner als 25/1000 Zoll 45 Proz. Jeder Artikel, der ganz oder theilweise aus Eisen- oder Stahl-Draht besteht, soll nicht weniger als die Rate des Drahtes bezahlen. Eisen- oder Stahl-Draht-Gewebe oder Netze werden als Draht klassifiziert.

Die für die Einfuhr besonders fatale Vermengung von Gewicht und Werthgoll macht sich vorzugsweise bei den Messerschmiedwaaren geltend.

Bei diesen war nämlich zu zahlen für: Feber- und Taschenmesser aller Arten früher 50 Proz., jetzt oder der Theile und Radermesser, ganz oder theilweise fabrizirt, nicht über 50 c per Duzend werth 12 c per Duzend, zwischen 50 c und Doll. 1.50 - 50 c, zwischen Doll. 1.50 und 3 Doll. - 1 Doll., über 3 Doll. per Duzend werth 2 Doll. per Duzend, außerdem 50 Proz. des Werthes. Rasirmesser früher 50 Proz., jetzt: und do. Klingens, fertig oder nicht, weniger als 4 Doll. per Duzend werth 1 Doll., über 4 Doll. werth Doll. 1.75 per Duzend, außerdem 30 Proz. des Werthes.

Schwerter, Säbel u. s. w., Klingens jetzt und früher 35 Proz., Tischmesser und Gabeln und alle Fleischer-, Jagd-, Küchen-, Brod-, Butter-, Gemüse-, Frucht-, Käse- u. a. Messer früher 35 Proz., jetzt, falls nicht mehr werth als 1 Doll. per Duzend Stücke, 10 c per Duzend, zwischen 1 Doll. und 2 Doll. 35 c, zwischen 2 Doll. und 3 Doll. 40 c, zwischen 3 Doll. und 8 Doll. 1 Doll., über 8 Doll. im Werth 2 Doll. per Duzend, außerdem 30 Proz. des Werthes, Transpir- und Küchenmesser n. a. e. 4 Doll. per Duzend werth 1 Doll., zwischen 4 und 8 Doll. 2, zwischen 8 Doll. und 12 Doll. 3 Doll., und über 12 Doll. 5 Doll. per Duzend, außerdem 30 Proz.

Auf solche Weise ist zwar der Zoll auf diese Waaren, soweit sie der allerbilligsten Sorte angehören, so ziemlich derselbe geblieben; für diejenigen Messerschmiedwaaren aber, von denen das Duzend nur 1 Cent mehr als 1/2 Doll. kostet, erhöht sich der Zoll von 50 Proz. auf 83 1/2 bis 150 Proz. des Werthes.

Ebenso sind die Zölle für Zinn, Aluminium, Gold und Silber und deren Fabrikate bedeutend in die Höhe geschraubt.

Als nächste Folge des Gesetzes trat nun natürlich keine Spur von einer Preisermäßigung bei den in Amerika selbst gefertigten Produkten ein, sondern im Gegentheil eine ganz enorme Preiserhöhung fast aller Waaren.

Die amerikanischen Fabrikanten und Händler benutzten vielmehr, wie es ja überall in der privatkapitalistischen Produktions- und Handelswelt Brauch ist, die Gelegenheit zu einer noch weit über die durch die Zölle geschaffenen Mehrkosten hinausgehenden Preissteigerung.

So theilt z. B. die amerikanische Zeitschrift "The Nation", deren Unparteilichkeit und wissenschaftliche Zuverlässigkeit vielfach gerühmt wird, mit, daß ein Händler mit Stahlwaaren seine Kunden benachrichtigt habe, daß der Draht, aus dem Uhrfedern gemacht werden, und der nach der alten Lage mit 3 Cent das Pfund verzollt wurde, unter dem Mac Kinley-Gesetz mit einem Dollar und dreißig Cent das Pfund verzollt werden mußte, daß er also eine Zollsteigerung von 5300 Proz. zu tragen und danach seine Preise einzurichten habe.

Im allgemeinen sind die Preise der Waaren in den Vereinigten Staaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes um 10 bis 100 Proz. erhöht und die Einfuhr verschiedener Artikel, die erhebliche Theile der europäischen Produktion ausmachen,

ist gänzlich abgeschnitten worden. Ganz oder beinahe unmöglich ist z. B. die Einfuhr von Perlmutter- und Eisenbleinröpfen, von Teppichen, Flanellen, Handschuhen, Leinöl geworden.

Die deutsche Textil-Industrie und die deutsche Handschuhfabrikation haben unter dem Mac Kinley-Gesetz mit am allermeisten zu leiden, und am schlimmsten sind die kleinen und minder kapitalkräftigen Fabrikanten und deren Arbeiter daran, da Unternehmer dieser Art sich nicht neue Absatzgebiete - in Südamerika z. B. - suchen und inzwischen auf Lager arbeiten lassen können.

Nächst England ist Deutschland durch die Mac Kinley-Bill am meisten geschädigt, England lieferte bisher den vierten Theil der gesammten amerikanischen Einfuhr. Unmittelbar nach ihm kam, wenn auch mit einem noch lange nicht so ungeheuren Betrage, Deutschland, zu dessen direkter Ausfuhr nach Amerika noch die sehr beträchtlichen Waarenmassen hinzugerechnet werden müssen, die in Deutschland produziert, aber über England, oder Belgien, Holland und Frankreich nach den Vereinigten Staaten verschifft werden.

Während nun die Zollherabsetzungen der Mac Kinley-Bill eine Folge der fast unglaublich unverkämpften Ausbeutungstucht der nordamerikanischen Großfabrikanten sind, erweisen sich die Zollherabsetzungen dieses Gesetzes, wenn man den Dingen auf den Grund geht, zum Theil als ganz denselben Quellen entsprungene.

So betrug z. B. der Einfuhrzoll auf Kupfer früher 50 Dollar per Tonne und der auf Nickel 300 Dollar. Ersterer ist jetzt auf 10 Dollar ermäßigt, letzterer ganz abgeschafft.

Dies geschah, weil einer der mächtigsten Kapitalistenringe der Welt, die Standard Oil Co., große Nickel- und Kupfergruben in Kanada, also auf britischem Grund und Boden, besitzt.

Damit nun auch ja der Absatz des Nickels einen mächtigen Aufschwung nehme, haben die Mitglieder und Agenten des genannten Ringes den amerikanischen Kongress dazu gebracht, 1 Million Doll. zum Ankauf dieses Metalls behufs Herstellung von Panzerplatten für die amerikanische Kriegsklotte zu bewilligen.

So wie mit der Ermäßigung bezw. Beseitigung der Zölle auf Kupfer und Nickel steht es mit mancher andern Zollverminderung, während dieselbe allerdings in den meisten Fällen sehr einfach auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die amerikanische Industrie doch so manches Produkt noch nicht in einer für die amerikanischen Kapitalisten vortheilhaften Weise herzustellen vermag.

Ob nun die Mac Kinley-Bill in nicht allzulanger Zeit wieder aufgehoben wird, wenn dem amerikanischen Volk die Wirkungen desselben so recht drückend geworden sein werden, ist fraglich, obschon der Sieg der Demokraten bei den letzten Wahlen den deutlichen Beweis liefert, daß das Volk wieder einmal die Ausbeutung durch die Republikaner ernstlich satt hat.

Noch zweifelhafter und viel unwahrscheinlicher ist, daß sich die europäische Industrie das Terrain, welches sie infolge der Mac Kinley-Bill verlor, jemals - auch wenn die Bill gefallen sein wird - wieder erobern kann.

Dann wird die amerikanische Industrie sich noch viel mehr entwickelt haben und der europäischen Konkurrenz, die mit so hohen Verbandskosten arbeitet, sicher auf fast allen Produktionsgebieten gewachsen sein.

Durch die Absperrung des nordamerikanischen Marktes würden nun keineswegs bloß diejenigen Industriezweige geschädigt, welche ihre eigenen Produkte zum großen Theile nach den Vereinigten Staaten zu versenden pflegten, sondern vielmehr alle, die mit diesen in Verbindung stehen, für

sie Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen zc. liefern, oder deren Arbeiter mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, mit Kleidern, Schuhen u. s. w. versorgt haben. Kurz, es wirkt eine Maßregel, wie die Mac Kinley-Bill, auf die gesammte Wirtschaftslage der Kulturwelt in schädlichster Weise ein.

Die ganze Sinnlosigkeit und Brutalität, welche die herrschende Produktionsweise und den nach freisinniger Behauptung so segensreich wirkenden Privatkapitalismus kennzeichnet, tritt aber auch niemals in so überwältigender Klarheit zu Tage, als in so besonders schlechten Zeiten, wie sie der Silberraub und die Mac Kinley-Bill, zum Ueberfluß auch noch durch den Baring-Krach ergänzt, über unsre Weltwirtschaft heraufgeführt haben.

### Vom „Thurmbau zu Babel“.

(2. Auflage.)

Der „Erfolg“, welchen Herr Theiß mit seinem „Thurmbau zu Babel“-Artikel Nummer 1 erzielt hat, läßt denselben nicht ruhen. Mit wunderbarer Gewandtheit versteht es ja der Redakteur des „Bruder Schmied“, die Thatsachen in's Gegentheil umzuschreiben, aus jedem Vorkommniß für sich und seine Anschauung Verteidigungsgründe zu ziehen. Ein wahres Triumphgeschrei erhebt „Bruder Schmied“ in Nr. 25, wozu ihm der Beschluß des jüngsten Parteikongresses in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation Veranlassung gibt. Wenn man die Jubelhymne des Herrn Theiß liest, so muß man annehmen, der Parteikongress hat sich nur deshalb mit der Gewerkschaftsfrage befaßt, um Theiß und Konforten ein Vertrauensvotum auszustellen. Selbstverständlich geht es dabei nicht ab ohne Seitenhiebe auf diejenigen Gewerkschaftsvertreter, die sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, Theiß und Gesinnungsverwandte als Päpste anzuerkennen.

Untersuchen wir einmal, inwieweit man in Halle (und Berlin) die Ansicht des Herrn Theiß akzeptirt hat. Wichtig ist, daß der Parteikongress die gewerkschaftliche Bewegung als eine zwingende Nothwendigkeit erklärt und sich für die zentralistische Form der Organisation ausgesprochen hat. Was hat aber dieses mit dem Streit zu thun, der unter den Metallarbeitern über die Form der Organisation ausgebrochen ist? Hat sich nicht auch der Metallarbeiter-Kongress im Prinzip für die Zentralisation ausgesprochen? Nur Rücksichten auf gesetzliche Zustände waren es, welche von der sofortigen Errichtung einer Metallarbeiter-Union abhielten. „Bruder Schmied“ könnte die Resolution des Parteitages für sich in Anspruch nehmen, wenn man sich in derselben für Fachzentralisation ausgesprochen hätte, denn nur darum dreht sich der Streit. Dem Parteikongress ist es aber nicht im entferntesten eingefallen, sich für Zwergorganisationen auszusprechen, wie sie unter dem Sozialistengesetz (unter normalen Verhältnissen hätte die gewerkschaftliche Bewegung nicht auf solche Abwege gerathen können) in das Leben gerufen wurden.

Ich will zum Beweis hiefür nur anführen, was der Abgeordnete Grillenberger (der gemeinsam mit Kloss die Resolution, auf die sich Herr Theiß bezieht, verfaßt hat) in Bezug auf die Organisation sagte. Genosse Grillenberger ließ sich, l. Protokoll, S. 228, folgendermaßen vernehmen: „Die Gewerkschaften müssen großartige Dimensionen annehmen, wenn dem Vorgehen des Unternehmertums mit einigem Erfolg entgegengetreten werden soll. Selbst dann, wenn die Massen in gewaltig großen Organisationen zusammengeballt werden, hat das Unternehmertum übermächtige Vorthelle, in Folge des großen Gelbbesitzes . . .“ „Es handelt sich

dabei nicht bloß um zentralisirte Verbände im gewöhnlichen Sinne, sondern um große Unionen, ähnlich wie sie in England großgezogen sind. Die speziellen Organisationen der einzelnen Fächer können ruhig innerhalb der großen Union existiren. Aber es müssen sämmtliche Fächer einer Branche zusammengefaßt werden, so das Baugewerbe zc. . . .“

Hören Sie Herr Theiß! „Sämmtliche Fächer einer Branche sollen zusammengefaßt werden, große Unionen, wie in England“ werden empfohlen. So hat sich Grillenberger, so haben sich andere Redner ausgesprochen. Allgemein war man der Ansicht, daß nur große Organisationen im Stande sind, sich in dem Kampf, der gegen die Gewerkschaften planmäßig organisiert wird, aufrecht zu erhalten. Uns dünkt, daß diese Ausführungen ein Mißtrauensvotum gegen diejenigen bilden, die in dem gewaltigen Kampfe, der uns bevorsteht, ein Glied nach dem anderen von der Gesamtheit abtrennen und für sich organisiren wollen. Dieses Vorgehen muß naturnothwendig die großen Vereinigungen schwächen, während die abstrünnigen Organisationen nicht lebensfähig sind und von ihren Mitgliedern nur Beiträge erheben, um ihre Verwaltungskosten und die Ausgaben für das Organ zu bestreiten. Und solche eben Widerstandes unfähige Organisationen sollte der Parteikongress empfohlen haben? Das kann ihm nur Herr Theiß impuniten!

Was die Konferenz in Berlin betrifft, so wurde auch diese nicht einberufen, um die Herren Theiß und Dieblich zu rehabilitiren, sondern um die einzelnen Gewerkschaften von der Nothwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses zu überzeugen. So wenig wie der Parteikongress, hat sich die Konferenz in Berlin für „Fach“zentralisation ausgesprochen. Im Gegentheil, der Abgeordnete Meister hat auch auf dieser Konferenz darauf hingewiesen, daß in kleinen Organisationen die Beiträge der Mitglieder oft ganz zwecklos verpulvert werden!

Ich meine, das genügt. Falsch ist es, wenn die Herren Theiß und Dieblich behaupten, daß durch die Resolution, welche die Konferenz faßte, ihr Verhalten gegen die Beschlüsse des Weimarer Kongresses gerechtfertigt sei. Allerdings werden in derselben die Arbeiter aufgefordert, sich den betreffenden Zentralisationen anzuschließen. Daß aber die Konferenz sich nicht ausdrücklich mit der Dieblich'schen Gründung beschäftigten konnte, ist doch natürlich. Davon aber zu folgern, daß das Vorgehen Dieblich's und seiner Hintermänner gerechtfertigt ist, das ist ein starkes Stück. Die Konferenz konnte sich nicht mit der Organisationsfrage der Metallarbeiter befassen, nur ein Metallarbeiter- bzw. Schlosser-Kongress kann den Herren Absolution für ihr Vorgehen ertheilen!

Was die Metallarbeiter nun thun werden, darüber mag sich Herr Theiß nur beruhigen. Wahrscheinlich werden dieselben sich nun zentralisiren. Sie werden aber nicht etwa ein Duzend Zwergorganisationen schaffen, zwölf Verwaltungen bezahlen und eben so viele Zeitungen gründen, sondern sich begnügen mit einer einzigen, je nach Bedürfniß in Fachsektionen gegliederten Organisation. Ich hoffe, daß diese Organisation bald so kräftig sein wird, daß die Schwärmer für Fach-Zentralisation einsehen, daß nur bei Zusammenfassung aller Kräfte ein ausreichender Schutz der Arbeiter möglich ist.

Fürth, 14. Dezember.

Martin Segis.

**Öffentliche Bitte an alle Arbeiterblätter zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung.**

Wer die Gewerkschaftsbewegung genau beobachtet, wird seine helle Freude an einzelnen Gewerken haben, welche, Dank ihrer Thätigkeit und Opferwilligkeit, sich ein ziemlich erträgliches Loos zu erringen wußten. Wir weisen nur auf die Buchdrucker hin, welche neben der neunständigen Arbeitszeit ihren spezialisirten Lohnsatz von den Prinzipalen ganz Deutschlands anerkannt sehen. Freilich kann diese Stellung nur durch festen Zusammenhalt und die nöthigen pekuniären Opfer behauptet werden. Wenn gibt jeder Buchdrucker 8 Proz. seines Verdienstes hin, weiß er doch, daß er und seine Berufsgenossen sofort wieder in die früheren traurigen Verhältnisse hineingewängt würden, so bald auch nur ein größerer Theil der Gehilfen diese Steuern versagen würde. Um so betrübender muß jedem Menschenfreund die Thatsache erscheinen, daß es andererseits eine ganze Reihe von Gewerken und Arbeiterchaften gibt, welche noch in mehr als mittelalterlichen Verhältnissen leben und dabei das Unwürdige ihrer Lage gar nicht einmal erkennen oder einsehen wollen. In diese Kategorie gehören vorzugsweise die Arbeiter in den Nahrungsmittel-Gewerken. Konditoren, Pfefferküchler, Brauer, Schlächter, Müller und Bäcker arbeiten noch 14—18 Stunden täglich, zu gewissen Zeiten auch noch länger. Sie haben noch keine Ahnung, daß sie sich und der ganzen Arbeiterwelt durch diese unnatürlich lange Arbeitsdauer schaden. Alle Versuche der aufgeklärten Elemente dieser Branchen, ihre Genossen zu organisiren, scheitern an der Unwissenheit und Muthlosigkeit der großen Masse. Gerade in diesen Gewerken hat die Innungsherrschaft ihre größten Triumphe zu verzeichnen, wodurch die Arbeitgeber anderer Branchen leider immer wieder von Neuem angespornt werden, auch ihre Arbeiter unter die Innungsjoch zu zwingen. Wir finden es daher an der Zeit, alle zielbewußten Arbeiter aufzufordern, sich der zurückgebliebenen Gewerke anzunehmen. Wohl hat Herr Webel durch seine Broschüre den Bäckern einen mächtigen Rückhalt gegeben, auch hat die Presse und hauptsächlich die Arbeiterpresse die Lage der Bäcker auf die öffentliche Tagesordnung gestellt, so daß schon Kollegen solcher Städte, welche sich bisher immer noch zurückhielten, im Begriff sind, sich dem Bäckerverband anzuschließen, doch die große Masse will leider noch nicht erwachen. Sollen die Bäckerarbeiter wieder Menschen werden, so müssen sich die Führer der Arbeiter aller Branchen und Städte der Bäcker annehmen und sie auf den Verband und das Fachorgan hinweisen. Der Herausgeber der deutschen Bäcker-Zeitung ist immer bereit, zur besseren Agitation Probestatuten des Verbandes, sowie Bäckerzeitungen zur Verfügung zu stellen. Ist die Verbindung dann endlich auf diese Weise hergestellt, so möge man noch ein Uebrigcs thun und den Bäckern bei der Führung der Geschäfte mit Rath und That so lange zur Seite stehen, bis dieselben selbstständig zu handeln im Stande sind.

Wir meinen, so lange es noch Arbeiterchaften gibt, welche eine solch' unmenschlich lange Arbeitszeit haben, werden dieselben stets ein Hemmschuh für die ganze Arbeiterbewegung sein; soll die Arbeiterbewegung eine intensive, alles bezwiegende Volksbewegung werden, so müssen die zurückgebliebenen Branchen erst einigermaßen nachgeholt werden, sonst dürfte es den jetzt schon vorwärts marschirenden Arbeitern schwer werden, weiter vorwärts zu schreiten. Deshalb appelliren wir an die brüderliche Hilfe aller Arbeiterblätter und ersuchen sie, diesen Artikel abzu-

drucken oder doch Einiges herauszunehmen, damit die Agitation überall vor sich geht, denn trotzdem dieses Blatt schon 7 Jahre und der Verband 5 Jahre existirt, besteht eine feste Verbindung doch nur mit folgenden Städten: Berlin, Spandau, Hamburg, Altona, Flensburg, Lübeck, Harburg, Oldenburg, Sieben, Solingen, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M., Offenbach, Bremen, Cassel, München, Altenburg, Dresden und Frankfurt a. O.

Da jetzt die beste Gelegenheit ist, mit den Bäckern auf die eine oder andere Weise in Verbindung zu kommen, so hoffen wir nicht vergebens an die Mithilfe der verehrten Redaktionen appellirt zu haben, denn dauernde Erfolge können nur erzielt werden, wenn die gesammte Arbeiterchaft eine einzige zielbewußte, für ihr Recht kämpfende Arbeiter-Armee bildet.

Mit brüderlichem Gruß  
**Ernst Pfeiffer,**  
Herausgeber der „Deutschen Bäckerzeitung“,  
Berlin N., Koloniestraße 20.

**Gerichts-Zeitung.**

Nach einer ganz neuen Auslegung des § 153 der deutschen Gewerbe-Ordnung, welche in einer schöffengerichtlichen Verhandlung zu Berlin durch den Vertreter der Staatsanwaltschaft vertheidigt wurde, würden die so zahlreich in den Arbeiterblättern erscheinenden Anzeigen: Ueber die Firma X ist die Sperre verhängt, Zugang ist fern zu halten, schon als strafbare Verurtheilungen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung zu gelten haben. Der in Berlin wohnhafte Redakteur der in München erscheinenden „Deutschen Böttcher-Zeitung“ war auf Grund des § 153 angeklagt, weil in Folge des in der Bodenheimer Fabrik zu Kassel ausgetretenen Streiks, in dem Blatte etwa folgendes Interat erschienen war: „Ueber die Firma M. W. Bodenheimer zu Kassel ist in Folge eingetretener Lohnminderungen die Sperre verhängt, Zugang ist fern zu halten, es wird ersucht, Käufer aus jener Fabrik nicht zu verpacken oder zu verladen. Die Sperrkommission.“ — Der Angeklagte bestritt, sich durch Aufnahme dieser Annonce strafbar gemacht zu haben. Der Streik in der Bodenheimer Fabrik sei durch große Unzuträglichkeiten dabelst provoziert worden, Herr Brauereidirektor Kölsche sei selbst nach Kassel gefahren, um zu vermitteln, seine Versuche seien aber an der Unnachgiebigkeit der Firma gescheitert und in Folge dessen die Sperre verhängt worden. Dies komme seit dem Bestehen der Gewerbeordnung vor und liege innerhalb des Reichsrechts. — Der Staatsanwalt verwies jedoch auf den Wortlaut des § 153: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Verurtheilung u. dgl. zu bestimmten Verurtheilungen, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen Theil zu nehmen, oder ihnen Folge zu leisten, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.“ Hier in diesem Falle sollten auch „Andere“, nämlich die Arbeitgeber, durch Verurtheilung gezwungen werden, den Verabredungen der Arbeitnehmer zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen Folge zu leisten“ und deshalb finde der § 153 Gew.-Ordn. Anwendung. Der Staatsanwalt beantragte demnach 6 Wochen Gefängnis — Rechtsanwalt Heine: Hier handelt es sich um einen — jetzt schon in mehreren Nummern vorliegenden — allernuesten Verurtheil, dem § 153 der Gewerbe-Ordnung plöglch eine ganz neue Seite abzugewinnen. Seit den 23 Jahren des Bestehens der Gewerbeordnung sei es noch keinem Menschen eingefallen, den § 153 anders als dahin aufzufassen: es soll einer Koalition von Standesgenossen verboten sein, durch Verurtheilung ihre eigenen Standesgenossen zu zwingen, gewissen getroffenen Verabredungen Folge zu leisten. Verurtheilungen an sich seien, wenn sie keine Verurtheilungen enthalten, nicht strafbar, bisher sei es auch als nicht strafbar erachtet worden, wenn von der Gruppe der Arbeiter eine solche Verurtheilung gegen einen Unternehmer oder vice versa ausgespielt wird. Man habe bisher nichts davon gehört, daß der § 153 gegen die Arbeitgeber herangezogen worden, welche sich gegenseitig verpflichteten, keinen Arbeiter wieder einzustellen, der am 1. Mai gefeiert hat, oder welche ein Abkommen dahin getroffen, Mitglieder eines bestimmten Fachvereins nicht in Arbeit zu nehmen. Es sei bedauerlich, daß dieses neue Experiment mit dem § 153 nicht

vor der Strafkammer gemacht werden könne, damit sich das Reichsgericht damit befassen könne. Die Konsequenzen dieser neuen Auslegung müßten zu einer vollständigen Umgestaltung unseres gewerblichen Lebens sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer führen. Danach würde ein Fabrikherr nach § 153 statbar sein, wenn er durch eine neue Favirordnung sich bessere Arbeitsbedingungen — nach Verabredung mit anderen Fabrikherrn — schafft und diejenigen Arbeiter entläßt, welche sich dieser neuen Ordnung nicht fügen. Für die Arbeiter aber würde die Koalitionsfreiheit gänzlich aufhören, denn bei Durchkämpfung von Streiks sind solche Anzeigen, wie d. hier in Frage stehende unvermeidlich. — Der Gerichtshof hielt die neue Interpretation des Staatsanwalts auch dem Sinne und Wortlaut des § 153 nicht für entsprechend und erkannte auf Freisprechung.

**Die Berliner Maurer-Bewegung vor Gericht.** Der große Gewerkschaftsprozess gegen die ehemaligen Leiter der Maurer-Bewegung ist vorige Woche vor der I. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt worden. Staatsanwalt Dr. Felsch vertrat wiederum den Standpunkt, daß es sich hier um politische Verurtheilungen handle, welche zur Förderung politischer Angelegenheiten zusammengetreten sind. Der Staatsanwalt beantragte, gegen Verurtheilungsbaumeister A. D. F. hier, welchen er als die Seele der ganzen Organisation ansah, ebenso gegen den Maurer Grothmann und den Maurer B. Grendt je 4 Wochen Gefängnis, gegen einen Hamburger Angeklagten eine Woche, gegen die übrigen Angeklagten bis auf die Mitglieder der Preis-Kommission, gegen welche Freisprechung beantragt wurde, kleinere Geldstrafen. Ferner beantragte der Staatsanwalt die Schließung des Berliner und der auswärtigen Fachvereine der Maurer für das Gesamtgebiet der Geltung des preussischen Vereinsgesetzes, des durch die Kontrollkommission in Hamburg geleiteten Gesamtvereins der Maurer Deutschlands, der Preis-Kommission und der Lohnkommission. Der Gerichtshof hielt die Annahme der Anklage nicht für richtig, wonach die Delegirten in die Preis-Kongresse von den Fachvereinen und nicht von den Gewerkschaften gewählt worden seien. Es ist nach Ansicht des Gerichtshofes nicht nachgewiesen, daß die öffentlichen Versammlungen, in denen die Delegirtenwahlen stattfanden, in Wirklichkeit Fachvereins-Versammlungen waren. Durch die Mitwirkung der Delegirten auf den Kongressen kann daher auch nicht ein Gesamtverein konstruirt werden. Die Preis-Kommission ist nach Ansicht des Gerichtshofes kein Verein. Sie hat sich nirgends mit politischen Dingen beschäftigt und die Mitglieder derselben haben sich daher keiner Verletzung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht. Anders liege die Sache bei der Agitationskommission. Der Gerichtshof ist zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Kommission als Verein anzusehen ist, daß derselbe sich mit politischen Dingen beschäftigt hat und mit anderen politischen Vereinen in Verbindung getreten ist. Die Angeklagten Knegeborn, Daumann und Wildbrand wurden deshalb zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Auch der Fachverein Berlin sei zweifellos ein politischer, es sei aber kein Beweis dafür zu erbringen gewesen, daß derselbe mit andern Vereinen in Verbindung getreten ist. Die Mitglieder dieses Vereins waren daher freizusprechen, ebenso die Mitglieder der Lohnkommission, weil dieselbe kein politischer Verein gewesen ist. Es gleiches hat der Gerichtshof die hier in Frage stehenden auswärtigen Vereine nicht als politische angesehen. Was die Schließung der Vereine betrifft, so werde dieselbe gegenstandslos, da es an den thatsächlichen Voraussetzungen fehle. Der Gerichtshof verfügte ferner die Aufhebung der Beschlagnahme der gesammelten Gelder der Lohnkommission.

**In Magdeburg** hat sich dieser Tage die Strafkammer mit 15 Fachvereinen beschäftigt, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft durch die Wahl einer General-Kommission als politische Vereine miteinander in Verbindung getreten sind. Angeklagt waren dieserhalb 50 Personen als Vorparlamentmitglieder der genannten Vereine bezw. Mitglieder der General-Kommission. Die politische Thätigkeit der Vereine wird von der Anklage aus den Protokollen konstruirt, die in denselben gelegentlich gehalten wurden. Zugen waren 34, wovon 21 Politischebeamte sind, ueladen. Nach mehrtägiger Verhandlung wurden bezw. 2 der Angeklagten zu je 14 Tagen Gefängnis, 3 zu je 10 M. und 30 zu je 10 M. Geldstrafe, die übrigen freigesprochen. Geschlossen wurden ferner die Fachvereine der Bauhandwerker, Maler und Lackner, der nichtgewerblichen Arbeiter, Tapezierer, Schneider, Schuhmacher, Metallarbeiter, Tischler, Zimmerer und die General-Kommission.

**Metall-Arbeiter!  
Gedenkt der Aufgesperrten!**

**Korrespondenzen.  
Dreher.**

**Berlin.** Die armen Herren Unternehmer. Wie allbekannt, leben wir wieder einmal in einer großen Geschäftskrise. Da ist es sehr erklärlich, daß den einzelnen Fabrikanten ihr Proffit in Folge der allgem. meinen Geschäftsschwächungen etwas beschnitten ist. Es ist das zwar sehr bedauerlich, wenn man bedenkt, wie schwer die Herren Fabrikanten noch um ihr tägliches Brod quälen müssen, wie sehr sie sich täglich über den Uebermuth und die Begehrlichkeit ihrer Arbeiter ärgern müssen. Doch es ist einmal nicht zu ändern, in unserer schönen Weltordnung kommen nur einmal fortwährend große Geschäftskrisen vor. Manche Unternehmer suchen ihren Ausfall am Proffit einfach durch Herabsetzung der hohen Löhne ihrer in Ueberfluth und Wohlbehagen schwebenden Arbeiter auszugleichen. Das ist ja auch ganz richtig; während die Arbeiter leicht von ihrem hohen Lohne von 12, 15 ja sogar 18 M. für eine einzige Woche leicht einen kleinen Abzug einiger Mark etc. tragen können, wird weniustens dem armen, halb verhungerten Unternehmer Gelegehalt geboten, auf seine Genüsse nicht verzichten zu brauchen. So erfahren wir, daß die Schrauben- und Mutterfabrik von H. u. Sohn Genabahnstr. 6, welche um 50 Arbeiter beschäftigt, am letzten Sonnabend Matate in ihren Arbeitsräumen ausging hat, welche folgenden Inhalt haben: Bestimmung! Durch den stetig anhaltenden Rückgang der Schrauben- und Mutterpreise sehen wir uns veranlagt, um konkurrenzfähig zu bleiben, unsere Affordpreise für Schrauben- und Mutter nachgehend zu reduzieren: Von 100 Schrauben 6 Millimeter bis 16 Millimeter sonst 20 M. jezt 17 und 15 M. u. s. w. Jedem ist es obenswerth, daß die Herren H. u. Sohn nicht, um konkurrenzfähig zu bleiben, ihren Knapp zu müssen Verlust zu tragen, sondern die hohen Verdienste ihrer Arbeiter beschneiden. Die werden schon ohne ein Auskommen. Bei den Arbeitern der betreffenden Fabrik herrscht auch große Freude, daß ihr Unternehmer den heroischen Entschluß gefaßt hat, nicht seinen eigenen Verdienst, sondern den ihrigen zu beschränken. Vertheilen ist es mehr wie blüthig, daß die Fabrikanten überall die Lohnsätze herabsetzen, jezt wo ihnen wieder neue Kosten durch das Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz auferlegt werden. Kein vernünftiger und rechtlich denkender Mensch wird doch verlangen dürfen, daß die Fabrikanten diese Kosten tragen sollten. Dem Einzelnen fällt es doch bekanntlich das Tragen einer Last schwerer, als der Gesamtheit, daher ist es äußerst vernünftig, und es war hierdurch auch von unserer so schlan und richtig rechnenden Unternehmung nicht anders zu erwarten, als daß sie die ihnen aufgebürdete Last auf ihre Arbeiter abwälzen und diese die neue Last zu anderen Lasten mittragen lassen.

**Former.**

**Bremen.** Am 7. November hielt der Verein der Former Mitgliederversammlung ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis unter allen Umständen hoch zu halten. Beim 2. Punkt trat der Vorsitzende des Fach-Komitees mit, daß sämtliche Arbeiten für unser Stützungsfest, welches am 2. Dezember in der Vereinshalle stattfinden, beendet seien und fordert die Kollegen auf, sämmtlich zu erscheinen, auch sprachen er den Wunsch aus, daß sämmtliche Gewerkschaften Bremens uns durch zahlreiche Besuch beehren möchten. Beim 3. Punkt wurden wir es beim Alten lassen, weil unsere Affordarbeiter an dem Affordsystem mit einer Fähigkeit festhalten, welche einer besseren Sache werth wäre. Beim 4. Punkt kam das Eintrah- und Geburts agstrinken ebenso das Abfinden der Junggeheulen zur Sprache und wurde es als ein alter Brauchgebrauch auf das Schärffste verurtheilt; wir betrachteten es als eine Unbedeutung der Arbeiter durch die Arbeiter. Gleichzeitlich ersuchen wir sämmtliche Kollegen Deutschlands, hervon Notiz zu nehmen: sollten Fremde aus Bremen zugereist kommen und ihre Pflichten dem Verein gegenüber erfüllt haben, bitten wir, solchen keine Willkürlichkeiten zu bereiten.

**Breslau.** Former-Verein. Bei der Vorstandswahl wurde der gesammte alte Vorstand wieder gewählt, mit Ausnahme des Schriftführers. Trozdem viele Kollegen wegen Mangel an Uebelt den Wandersstab ergreifen haben, wüßte unsere Mitgliederzahl bei jeder Versammlung, ein Dutzend,



jetzt über 800 Mitglieder zählt, nicht bloß auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. (Was wir freudigst bestätigen können. Red.) Neben uns darauf hin, wie ähnliche Resultate in ganz Deutschland zu verzeichnen seien, was am besten daraus erhellt, daß im Jahre 1884, bei Auflösung der damaligen Metallarbeiter-Union 7000, im Mai 1890 89.000 Metallarbeiter organisiert waren. Andererseits verbänden sich aber auch die Unternehmer, welche durch ihre großen Kapitalien eine Macht blieben, die durchaus nicht zu unterschätzen sei, was sich in diesem Jahre in Hamburg zeigte, wo kolossale Kräfteanstörungen der Arbeiter nötig waren, um den Angriff auf die Arbeiter-Organisationen zurückzuweisen. Die Art und Weise wie damals die Gesetze nur zu Gunsten der Kapitalisten ausgelegt wurden und heute noch ausgelegt werden, ist dadurch erklärlich, daß die geschlechtlichen Körperkassen zum größten Theile aus Kapitalisten und den „Besten der Nation“ zusammengesetzt seien. Neben führte aus, wie auch die Arbeiter bestrebt sind, sich über ganz Deutschland zu vereinigen, zu zentralisieren, er zeigt die Schwierigkeiten, die der Zentralisation durch die verschiedenen Vereinigungen entgegenstehen, führt Beispiele dafür an und weist auf die Nothwendigkeit eines die volle Koalitionsfreiheit währenden deutschen Vereinsgesetzes hin. Zugleich erklärt er das System der Vertrauensmänner und die Einrichtungen, die im Bezirk Posen zur Regelung der Agitation, Wanderunterstützung u. dgl. eingeführt wurden und fordert auf, sich an dem Kampf der Agitations- und Unterstützungsarbeiten recht lebhaft zu betheiligen. Er erinnert weiter an die Beschlässe des Weltmänner Kongresses, der sich im Prinzip für Zentralisation erklärte, jedoch diese unter den bestehenden Gesetzen für nutzlos hielt. Die kleinen Mängel, die sich heute noch in unserer jetzigen Einrichtung bemerkbar machen, beantragt Redner, wenn möglich, auf der Offenbacher Konferenz zu regeln zu versuchen; er tritt für die Wahl von Delegirten für die Offenbacher Konferenz ein und empfiehlt den Delegirten, das Bestreben nach Zentralisation zurückzuweisen und für Gründung einer deutschen Metallarbeiter-Union einzutreten. Bei der hierauf folgenden Wahl wurden für Formier die Kollegen Dörr und Staube, für Schlosser, Dreher und Maschinenarbeiter Leiner und Scherck, und für die übrigen Metallarbeiter Stella und Künne gewählt. In der darauf folgenden recht lebhaften Diskussion über das Verbot sprachen sich alle Redner, mit Ausnahme eines Nichtmetallarbeiters gegen Bezirkszentralisation aus und wurde auch eine diesem Sinne entsprechende Resolution angenommen. Im Punkt Verschiedenes wurde zum regen Besuche der Versammlungen des Vereins Arbeitererschung aufgefördert und um halb 12 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

**Burg bei Magdeburg.** Den Kollegen allerorts zur Nachricht, daß sich hier ein Fachverein der Metallarbeiter gebildet hat, derselbe zählt jetzt ungefähr 20 Mitglieder. Ein großer Theil der hiesigen Arbeiter ist absolut gleichgültig, ein anderer Theil ist im Schlepptau der Hirsch-Dunker'schen. — In unserer Versammlung am 6. Dezember hielt Kollege Lindner einen Vortrag über das „Wesen der Akkordarbeit“. Redner legte den Anwesenden in kurzen Worten das Schändliche dieses Ausbeutungssystems dar und betonte, daß nur eine straffe Organisation der Arbeiter im Stande wäre, diesen Uebelständen abzuwehren. — Dann wurde die obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“ beschlossen. Unser Versammlungslokal befindet sich im Restaurant von J. Förster, „Unter den Hagen“, wozu selbst an jedem Sonnabend neue Mitglieder sich zur Aufnahme melden können. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden an jedem Mittwochabend nach dem 1. und 15. des Monats ebenfalls statt. Briefe und Anfragen sind an unseren Vorsitzenden S. Lindner, Weinbergstraße 7, zu richten.

**Hirschfeld.** Am 9. Dezember hielt der hiesige Metallarbeiter-Verein eine General-Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Vorstandswahl. 2) Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3) Verschiedenes. Zum 1. Punkt wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt Als 1. Vorsitzender G. Wulf, als 2. Vorsitzender A. Boer, zum 1. Schriftführer E. Schewitz, zum 2. Schriftführer G. Siebert, als 1. Kassierer W. Groth, als 2. Kassierer S. Kaulfers. Zum 2. Punkt wurden 5 Mitglieder aufgenommen. Zum 3. Punkt, Verschiedenes, entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen den Mitgliedern des Metallarbeiter-Vereins und zwischen den hier vor Sitzungen gegründeten „Central“-Verband der Schlosser und Maschinenbauer Deutschlands, welche dahin endete, daß der 1. Vorsitzende, A. Butter, welcher gegen den § 15 des Statuts gehandelt hatte, aus dem Verein ausgeschlossen wurde. Er hatte nämlich am 25. November eine Generalversammlung an-

beraumt, in welcher der Anschluß an den „Verband“ der Schlosser und Maschinenbauer beschlossen werden sollte. In derselben waren aber nur ein Viertel der Mitglieder anwesend. Nach dem Statut müssen aber wenigstens vier Fünftel der Gesamtzahl der Mitglieder dafür stimmen, auch muß zu solchem Zweck die Versammlung wenigstens 8 Tage vorher bekannt gemacht werden. Troy alledem wurde von drei Vierteln der in jener Versammlung anwesenden Mitglieder beschlossen, den „Verband“ beizutreten. Sämtliche Briefe sind an G. Wulf, Renthestr. 17, zu senden. Die Unterstützung wird vom 1. Kassierer, W. Groth, Schlenkertrupperweg 11, Mitta, von 12 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 8 Uhr ausbezahlt. (Dieses Vorkommniß wirkt wieder ein helles Streiflicht auf die Praktiken der Hamburger Illiquen; immer kränkere Wege wandeln diese Vursche. Charakteristisch ist aber für diese Herren Fachorganisatoren, daß von ihnen die „Metallarbeiter“, wenn sie sich ihrem „Verband“ anschließen, durchaus nicht auf ihre „Fachmänner“ geprüft werden. Womit bewiesen ist, daß die ganze „Fach“-Zentralisirerei dieser Herren Mumpst ist und nur der Schein sein soll, dahinter sie ihre erbärmlichen Zwecke verdecken.)

**Frankfurt a. M.** Einen nicht unbedeutenden Erfolg hatte die hiesigen organisierten Metallarbeiter und speziell der Fach-Verein erlitten. Schon zu wiederholten Malen waren Klagen laut geworden über die Zustände in der Belozipid-Fabrik des Herrn Kleber hier, zuletzt in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung am 9. Dezember. In dieser Fabrik war ein offenbar streberhafter Werkführer, der die Arbeiter zu Tage geförderten Missethände und die drakonische Fabrikordnung — ein Strafgesetzbuch en miniature — in cynischem Tone zu verteidigen suchte. Da in der ersten Versammlung kein Resultat zu erzielen war, wurde am 11. Dezember eine zweite öffentliche Versammlung zu diesem Zwecke einberufen, zu welcher auch die Prinzipalitäten und das Betriebspersonal eingeladen und erschienen war. Der Vertreter der Firma Kleber, Herr Prokurist Wrecht, forderte die Arbeiter auf, ihre Beschwerden vorzubringen, was denn auch in umfangreichem Maße geschah. Vornehmlich waren es Klagen über unwürdige Behandlung seitens der unteren Betriebsorgane, über hohe Strafzuzüge, niedere Löhne, über die Sanitäre und hauptsächlich über die entwürdigende Fabrikordnung. Der Vertreter der Firma gab zu, daß er von vielen vorgebrachten Missethänden keine Ahnung gehabt habe und Remedur schaffen werde. Die Strafgesetze, ohne die die Fabrik die Ruhe und Ordnung nicht aufrecht erhalten könne (?), haben in 3 Jahren die Summe von 605,05 erreicht, davon 1890 allein 319. Sie seien zur Unterstützung kranker Arbeiter verwendet worden, doch sei die Firma bereit, die Verwaltung derselben einer von den Arbeitern gewählten Kommission anzuvertrauen. Die weitere Regelung der Angelegenheit wurde sodann dem Fach-Verein der Metallarbeiter übertragen. In der Fachvereinsversammlung vom 13. Dezember kam dann deren endgiltige Regelung auf die Tagesordnung. Die Vertreter der Firma, die Herr Ingenieur Startaph und Prokurist Wrecht waren wieder anwesend und ließen sich von Seiten der Arbeiter belehren, daß nicht durch Strafbestimmungen die Ordnung in einer Fabrik aufrecht erhalten werde, sondern durch Wahrung der gegenseitigen Achtung, durch mögliche Freiheit und angemessene Bezahlung. Der Vertreter der Firma versprach, die gegen die Gewerbeordnung und gegen die Würde der Arbeiter verstoßenden Bestimmungen zu streichen und schlug vor, zur Festsetzung der näheren Vereinbarungen im Fachverein eine Kommission von 5 Arbeitern aus der hiesigen Fabrik zu wählen, was sofort geschah. Bezüglich der Haltung und dem Eindruck, den die drei imposanten Versammlungen, die alle drei bis auf den letzten Platz gefüllt waren, machten, lassen wir das Urtheil der bürgerlichen Presse folgen. Das Organ des demokratischen Kapitals, die „Ff. Sta.“, schreibt anlässlich ihres diesbezüglichen Berichtes: „Nutzerkennnen ist die auf beiden Seiten zu Tage getretene große Muth und Mäßigkeit der maßgebenden Personen, durch die ein sofortiges gegenseitiges Einverständnis erzielt wurde. Auf solche Weise ließen sich wohl die meisten solcher Zwistigkeiten unschwer beilegen.“ — Ein weiterer Beweis, daß nur Arbeiterorganisationen die zweischneidige Waffe des Streiks entbehrlieh machen können, wäre erbracht.

**Siegen.** Am 7. Dezember fand hier eine öffentliche Metallarbeiter Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1) die gewerkschaftlichen Organisationen. 2) Wahl zweier Delegirten zur Bezirks-Konferenz in Offenbach. 3) Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung war Herr Schilde aus Frankfurt als Referent erschienen, welcher in treffender Weise die heutige und frühere Lage des Arbeiters, sowie die Entstehung der heutigen

Produktions- und Arbeitsweise schilderte. Außerdem führte er die Thätigkeit der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine in dortiger Richtung vor Augen und empfahl kräftige Organisation und deren Zentralisirung. Eine diesen Ausführungen zustimmende Resolution wurde angenommen. Die Kollegen Schwidt und Hartmann wurden als Delegirte gewählt. Nach Aufforderung, den bestehenden Organisationen beizutreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

**Görlitz.** Der Fachverein der Metallarbeiter zu Görlitz und Umgegend hielt am 1. Dezember seine Mitglieder-Versammlung in der Hirschfelder Bierhalle ab. Auf der Tagesordnung stand: 1) Gewerkschaftliches. 2) Verschiedenes. Beim 1. Punkt sah die Vorlesende Näheres über die Verhandlungen der Gewerkschafts-Konferenz in Berlin aus. Es wurde folgende Resolution beschlossen: Die heute hier in der Hirschfelder Bierhalle zu Görlitz tagende Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter für Görlitz und Umgegend erklärt sich 1) mit einzelnen Ausführungen der Delegirten bei der Gewerkschafts-Konferenz zu Berlin einverstanden; 2) erklärt sich die Versammlung voll und ganz einverstanden mit der von der Kommission ausgearbeiteten Resolution und spricht entschieden ihre Mißbilligung aus gegen Fach- und Lokalorganisationen; 3) wünscht die Versammlung, daß von Seiten der Metallarbeiter Deutschlands zu einer Zentralorganisation geschritten würde, denn was Lokal- und Fachorganisation zu leisten vermag, haben wir schon längst empfunden im Gegensatz zu den Verbänden des deutschen Kapitals. Beim 2. Punkt kam nichts Bemerkenswerthes zu Tage, so daß die ziemlich gut besuchte Versammlung um 11 Uhr geschlossen wurde.

**Gießen.** In der am 6. Dezember abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Metallarbeitervereins wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Partmann, als 2. Vorsitzender Stank, als 1. Kassierer Schilder, als 2. Kassierer Koch, als 1. Schriftführer Kemp, als 2. Schriftführer Schnecko. 3. Revisoren wurden Kehler und Wagner gewählt.

**Homburg.** In der am 14. Dezember abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Metallarbeitervereins wurde als erster Schriftführer G. Rappes gewählt und sind von jetzt ab alle Kopfschreibungen an seine Adresse, Gerberhof, Murbachstraße Nr. 29, zu senden. Zum Delegirten tag in Offenburg wurden Paul Baierndorfer, Schlosser, und Heinrich Rühl, Formier, gewählt und denselben eine Vertretung von Seiten des Vereins zugesichert. Auch wurde für den Delegirten tag folgender Antrag ausgearbeitet: Der Fachverein zu Homburg v. d. G. wünscht seine Unterstützung mit 20 M pro durchreisendes Mitglied weiter zu zahlen in Anbetracht seines Arbeitsnachweises, wodurch er seine Lebensfähigkeit erhält. Da Homburg ein Badeort und abseits von der Landstraße, so werden nur periodisch Arbeitskräfte gebraucht, und müssen wir speziell auf den Arbeitsnachweis und die Wanderunterstützung Gewicht legen. Wir wollen daher nur 10 Proz. an die Zentralisation zahlen, andernfalls wir die Ausgaben für obige Zwecke nicht bestreiten können. Man könne ja den betreffenden durchreisenden Kollegen, welche in Homburg Unterstützung erhalten, dieselbe ev. in Frankfurt a. M. in Abzug bringen. Zahlen wir keine Unterstützung, so ist unser Arbeitsnachweis hinfällig und uns ein bedeutendes Kampfmittel entzogen. — Unsere Weihnachtsbesprechung findet Sonntag, den 28. Dezember, Abends 8 Uhr, in der goldenen Rose, statt. Es werden außer der Verlosung abwechselnd Gesangsvorträge, angeführt vom Gesangsverein „Eintracht“, sowie Klavier-Vorträge stattfinden. Auch ist ein Käzchen nicht ausgeschlossen und eruchen wir alle unsere Mitglieder nebst Angehörigen zahlreich zu erscheinen.

**Höchst a. M.** Am 14. Dezember fand im Stahlhaus zur Sonne in Höchst eine nicht sehr stark besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1) Organisationsentwurf. 2) Stellungnahme zum Bezirks-Kongress in Offenbach. 3) Wahl von Delegirten. 4) Verschiedenes. Als Referent war Herr Schilde aus Frankfurt a. M. erschienen und erläuterte in einer lehrreichen Rede die jetzige Lage der Arbeiter. Daraufhin ist folgende Resolution von der Versammlung angenommen worden. „Die wenige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit allen Kräften für Abschaffung der Akkordarbeit einzutreten. Ferner verpflichtet sich die Versammlung, eine mögliche große Organisation zu schaffen, um der heutigen Ueberproduktion und Ausbeutung der Arbeiter energig entgegenzutreten zu können, und einzutreten für Verkürzung der Arbeitszeit, um unsern Mitarbeitern Gelegenheit zu geben, sich zu ernähren.“ — Beim 2. Punkt der Tagesordnung ist noch eine

Resolution eingegangen: Die Versammlung beschließt, auf dem Metallarbeiter-Kongress in Offenbach einen Antrag einzubringen für Aufstellung einer Arbeitsstatistik. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Hierauf wurden die Kollegen Kabiell, Bertram, Hoffmann und Baulenschläger als Delegirte gewählt.

**Leipzig.** Am 8. Dezember hielt der Fachverein der Metallarbeiter in der Central-Ferberge seine Mitglieder-Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Dat das Kleinhandwerk noch eine Zukunft“, war Herr Köhler als Referent erschienen und führte derselbe in kurzer, wohlverständlicher Rede aus, daß das Kleinhandwerk früher durch die gut organisierte Kunst seine Macht gehabt habe, diese jedoch nach Aufkommen der Dampfkraft und Verbesserung der Maschinen und sonstigen technischen Fortschritte sowohl als auch durch die Gewerbefreiheit verloren habe und somit auch seinen Flor und Glanz. Indem Herr Köhler die Frage aufwirft: Wer hat denn eigentlich eine Zukunft? legte er klar, daß das Kapital auch einst seine Macht verlieren werde. Zum 2. Punkt machte der Vorlesende bekannt, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auffordert, die vier Gewerkschaften: die Glasarbeiter in Pörsdorf-Ottensen, die Schuhmacher in Erfurt, die Weißgerber in Kirchhain und die Tabakarbeiter in Schwege möglichst schnell materiell zu unterstützen, da sie sonst in dem durch das rigorose Vorgehen der Unternehmer hervorgerufenen Kampf unterliegen müssen. Es wurde beschlossen, 25 Mark hierfür an den Kassierer Danmann in Hamburg zu übermitteln. Zum 3. Punkt machte der Vorlesende bekannt, daß der hiesige „Eisenarbeiter-Verein“ sich aufgelöst habe, da er nicht mehr lebensfähig gewesen sei; er macht darauf aufmerksam, daß es an der Zeit wäre, diese Mitglieder zu heranzuziehen, wozu Kollege Schiel den Antrag stellte, welcher auch sofort Zustimmung fand: „den Vertrauensmann der Metallarbeiter Deutschlands M. Segis in Fahrt zu benachrichtigen und zu veranlassen, daß er nach hier kommt und in einer öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen ein Referat in diesem Sinne hält. Ebenfalls die Werkstattkommission zu beauftragen, daß dieselbe sofort eine Agitation entfaltet bezugs Aufnahme dieser Mitglieder des Eisenarbeitervereins.“ Zum 4. Punkt stellte Kollege Hermann den Antrag, unser diesjähriges Stiftungsfest am Schwebertabend im Botale des Herrn Stehr abzuhalten, was angenommen wurde. Sodann wurde der Vorstand beauftragt, das Nähere hierzu zu veranlassen.

**Leipzig.** Am 22. November hielt der hiesige Metallarbeiter-Verein seine 1. General-Versammlung ab. Beim 1. Punkt berichtete Kollege Sternberg über die Stärke des Vereins, ferner berichtete er, daß drei Theile der abgereisten Mitglieder ohne Anmeldung abgereist sind; er unterzog diese einer scharfen Kritik. Zum 2. Punkt berichtet der Kassierer über den Stand der Kasse, welcher eine Gesamt-Einnahme von 127,17 und eine Ausgabe von 108,83 ergab, mithin blieb ein Bestand von 18,34. Nach eingehender Prüfung wurde dem Kassierer Decharge erteilt. An den Gesamtvorstand sind nach wie vor Briefe und Sendungen unter der Adresse: Sternberg, Neue Glogauerstraße 12, zu richten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß jeder durchreisende Metallarbeiter, welcher nicht gewillt ist hier zu übernachten, 1 M erhält; derjenige, welcher übernachtet, erhält Abendbrod, Nachtquartier und Frühstück, zusammen 50 M gerechnet und 50 M baar, in unserm Vereinslokal „Schankwirtschaft „Zur goldenen Frieden“, Glogauerstraße (nicht an der Bahn). Die Statuten blieben unverändert. Am unseren Verein lebensfähig zu erhalten, sehen wir uns veranlaßt, die sich mit den Beiträgen in Rückstand befindlichen Kollegen hierdurch aufzufordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unsere Organisation läßt viel zu wünschen übrig; soll dieselbe ihren Zweck erfüllen, so muß ein jedes Mitglied seine Schuldigkeit voll und ganz thun. Drohende Wetter stehen am Horizont, der hier neugegründete Fabrikanten-Verein ist dem der Arbeiter weit voraus, derselbe macht sich schon durch Drohungen, durch indirekte Maßregelungen, durch Anstellen von einem Anglimmer zu je 10 Arbeitern, durch Bohnendruckerei, durch Verletzung ungenügenden und mangelhaften Arbeitsmaterials u. s. w. empfindlich fühlbar. Darum Metallarbeiter, rafft Euch auf, laßt Euch durch Euer kampfbereiten Brüder nicht umsonst zur Fahne rufen, es ist unwürdig eines jeden denkenden Arbeiters, seine Kollegen im Stich zu lassen. Ihr, die Ihr noch fern steht, ermahnt Euch, die Zeit ist tief ernst, zieht nicht die Schlafmütze noch tiefer über die Ohren, schauet Euch um das Banner des Proletariats, welches aufgesteckt ist, um Euer und das Gemeinwohl zu heben, laßt Euch nicht abhalten durch die Angstsprünge, welche die Gewerksvereiner und ähnliche Heuchlerseelen machen, haltet einig, Mann für Mann zur

guten Sache, dann kann der Sieg nicht ausbleiben.

Mühlhausen i. Elb., 15. Dez. Gestern Nachmittag fand hier eine Arbeiterversammlung statt, welche von 5-600 Arbeitern besucht war...

Offenburg a. M. Die am 8. Dezember abgehaltene tagende Generalversammlung des Fachvereins der Metallarbeiter nahm Stellung zu der Maßregelung von drei Kollegen...

Potsdam. Am 14. Dezember fand hier eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Nachdem der Referent Kollege Hartmann in einer mehr als einstündigen Rede den Zweck und Nutzen der heutigen Organisation...

Quedlinburg. Da wohl fast in allen Orten Deutschlands, wo Industrie vorhanden ist, sich auch Kollegen befinden, welche schon in dem schönen Hengstenthor Thal (besser gesagt: Festungswerk) gearbeitet haben...

hier der Indifferentismus noch sehr vorherrschend ist, so zogen sich Viele, insbesondere die gebürtigen Thalerer, langsam zurück. Diese Prämie ist nun am 1. Oktober ausbezahlt worden. Wie mir aber mitgeteilt wurde, soll dieselbe mehr nach Gunst als nach Schichten verteilt worden sein...

Schwemmingen. Eine allgemeine Metallarbeiterversammlung wurde am 14. Dez., Nachmittags im „Röhlssaal“ hier behufs Gründung eines Fachvereins abgehalten. Herr Junge aus Schlingen, welcher das Referat übernommen hatte, schilderte die Nothwendigkeit der Organisation...

Schlosser u. Maschinenbauer. Altona. Am Dienstag, den 16. Dez., sollte also die große Staatsaktion in Scene gehen, der hiesige Verein der Schlosser und Maschinenbauer sollte sich dem Diebrieh'schen Verbands anschließen...

Schläger. Schwabau. In Nr. 49 d. Bl. brachten die Nürnberger Feingoldschläger ihren Streikbericht, welcher mit einigen leichten Ausfällen gegen die übrigen Schläger endet. Dies veranlaßt uns, etwas näher darauf einzugehen...

eigene Fäße stellen und die Klust hätten die übrigen Schläger so erweitert, daß sie schließlich nicht mehr überdämmt werden kann. — Doch gemacht, nur nicht als die Strohsack vor die Thüre werfen, das klingt, als wollten die Goldschläger vom 2. Kongreß zurückbleiben. — Wenn wir auch den Nürnberger Feingoldschläger für ihre rege Theilnahme an der Bewegung unsere Anerkennung zollen, so erlauben wir uns doch die Frage: „Wie steht es mit den Goldschlägern der anderen Orte?“...

**Zinngießer.**

Mürnberg. In der Monatsversammlung des Zinngießer-Vereins am 8. Dezember mußte betreffs der Markenübergabe an die Herren Meister der frühere Beschluß umstände halber, im Einverständnis mit dem Vorstande der Meister, wieder zurückgenommen werden. — Der Arbeitsnachweis befindet sich wie zuvor bei Herrn Wagner, Dinkergasse; wir machen daher die Kollegen wiederholt darauf aufmerksam, das Umschauen in den Werkstätten zu unterlassen...

**Feilenhauer.**

Die Aussperrung der Kollegen in Hamburg-Altona dauert fort. Fuzug fernhalten. Augsburg. In der am 7. Dezember stattgefundenen Monatsversammlung, wobei im Einverständnis mit sämtlichen Mitgliedern auch Ausschuswahl stattgefunden hat, wurden folgende Mitglieder in den Ausschus gewählt: Georg Schulz, Vorsitzender; Mich. Glöckler, Kassier; Franz Baumann, Schriftführer. Die Reiseunterstützung ist von 2 M auf 2 50 erhöht und wird von jetzt ab beim Vorsitzenden, Schmiedberg C 165 (Meister Gerns), ausbezahlt. Chemnitz. In der am 6. November abgehaltenen Monatsversammlung der Feilenhauer wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt bzw. wiedergewählt: E. Lungwitz, Sonnenstraße 20, als Vorsitzender; Viktor Hlsek, Körnerstraße 6, 2, als Kassier; Al. Pirthe, Luisenplatz 16, 1, als Schriftführer und Hugo Ruete als Stellvertreter; sämtlich in Chemnitz. Magdeburg. In der am 7. Dezember stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender W. Schlosser, Ehendorferstraße 5, P. r., P.; als 2. Vorsitzender W. Fischer, Ehendorferstr. 46, P. r., P.; als Kassier Mag. Jitzel, Budau, Grusonstraße 3, 11; als Schriftführer Albin Herbig, Neustadt, Hundsbürgerstr. 17, 1. Arbeitsnachweis und Geschenkübergabe befindet sich nach wie vor bei Kollege Bruno Fleischer, (Feilenhaueri v. Bad), Bödisehofstr. 3, zu jeder Tageszeit. Briefe zc. sind an den Vorsitzenden zu richten. Schalte. Am 23. November hielten die Feilenhauer von Gelsenkirchen und Umgegend eine Versammlung ab unter Beisein der Kollegen von Duisburg. Der 1. Punkt der

Tagesordnung war: Wie stellen wir uns zu einer Fiskale von Duisburg oder zu einem eigenen Verein. Kollege August Mentrop legte den Kollegen von Westfalen die Sache warm an's Herz, worüber sich mehrere Kollegen aussprachen. Budde sprach über die Organisation in Westfalen, und daß es mit derselben noch recht traurig ausseht, besonders in Witten und Bochum. Da haben wir es uns zur Aufgabe gestellt, die Kollegen aus ihrem Schlafe aufzuwecken. Es lief eine Resolution ein, die lautet: Die anwesenden Feilenhauer von Gelsenkirchen und Umgegend beschließen, hier einen Verein zu gründen. Was angenommen wurde. Es wurden in den Vorstand gewählt: Wilhelm Böhringer, 1. Vorsitzender; Gustav Budde, 2. Vorsitzender; Heinrich Steinhoff, Schriftführer; Theodor Müller, Kassier. Geschenkübergabe und Arbeitsnachweis befindet sich beim 1. Vorsitzenden. Gelsenkirchen, Auguststr. 14, in der Feilenhaueri von Emil Woda zu jeder Tageszeit. Briefe und sonstige Sendungen an den 2. Vorsitzenden Gustav Budde, Gartenstraße 2, Schalte. NB. Wir machen die Kollegen von Witten und Bochum darauf aufmerksam, daß jeden 2. Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Gastwirth Karl Kirschbaum, Gelsenkirchen, Kaiserstraße, stattfindet.

Bangerhausen. In der am 13. Dez. stattgefundenen Versammlung kam ein Fall zur Sprache, welcher so recht die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit veranschaulicht. Kollege Rudwig, welcher den Leipziger Streit mitgemacht hatte, trat nach demselben wieder in Arbeit. Einige Wochen danach wurde ihm Gelegenheit geboten, selbstständig zu werden, jedoch ging er, wie dies ja bei kleinen Unternehmen sehr der Fall ist, dabei in die Brüche. Derselbe war nun durch Familienverhältnisse gezwungen, bei verschiedenen Unternehmern um Arbeit anzufragen, wurde aber überall abgewiesen. Er wandte sich nun an unsern Arbeitsnachweis und erhielt hier Arbeit. Es wurde uns nun von Leipzig mitgeteilt, daß Rudwig zu den Unternehmern gesagt haben soll, er wolle von den Kollegen nichts mehr wissen, er hätte den Streit überhaupt nur nothgedrungen mitgemacht. Darüber zur Noth geirrt, erklärte uns derselbe auf Ehrenwort, daß er derartige Worte nicht gebraucht und dieselben erlogen seien. Wir können daraus ersehen, wie die Herren Unternehmer alle Mittel in Bewegung setzen, um Uneinigkeit zwischen die Arbeiter zu bringen, was ihnen aber nicht gelingen wird, wenn alle Kollegen ihre Pflicht thun. — Allen auswärtigen Kollegen zur Nachricht: Wer länger als 8 Monate reist, dem wird die „Metallarbeiter-Zeitung“ entzogen.

**Abrechnung**

vom Braunschweiger Formier-Streit vom 5. Novemb. 1898 bis 20. März 1899.

Einnahme: Ulfeld C. B. M 10, Altona S. S. 50, Wöhrleben R. Sch. 21, 35, Augsburg C. W. 50, Berlin: G. W. 121, 85, C. P. 16 45, B. G., Maurer, 100, Schlosser und Berufsg. 25, W. 50, Sch., Metallarb.-Verein, 200, D. R., do., 50, 29, Stein-drucker- u. Lith.-Verein 100, D. R. 570, 65, R. W. 2, C. 2, 25, Freie Vereinigung der Bergolber 30, Fachv. d. Former 60, C. Sch. 31, 10, F. W., Former, 3968, M. R., Former, 1700, Bernburg S. 11 80, Breslau: D. Sch. 36, 45, F. L. 25, B. G. 25, Brackwebe: J. 33, 80, C. G. 26, Bielefeld R. 20, Bremen C. J. 48, Burg C. R. 9, 55, Dalkwiz C. G. 13, Blankenburg A. C. 20, Magdeburg-Budau: W. G. 614, 03, Fachv. der Former 75, Chemnitz: Nadelmacher 18, F. C. R., Metallarb., 60, Göthen R. W. 22, 35, Danzig G. Sch. 13, Dessau F. W. 20, Deutz G. H. 287, 37, Düsseldorf Ch. R. 6, Dietrichsdorf G. P. 43, 60, Duisburg F. W. 1095, Dortmund: C. Sch. 67, G. W. 12, F. v. B. 122, Egelin D. 147, Ebing W. 24, Erfurt R., Schmiede, 20, Essen S. J. 7, Eutin R. R. 5, Flensburg St. 26, 30, Frankfurt a. M. F. B., Metallarb., 10, Frankfurt a. D. D. W. 8, Fürth J. T., Metallarb., 20, Fürstenwalde: S. W. 10, D. W. 55, Gelsenkünde P. R. 17, 50, Gevelsberg G. 3, 15, Gleditschenstein: M. 4, C. 20, C. M. 10, A. W. 226, 75, Golha G. 7, 40, Goltzern C. D. 106, Greifswalde P. R. 3, Glanau A. G. 12, Halberstadt: C. 3, 70, H. 5, 90, H. R. 27, 50, H. S. 23, 10, Halle a. S.: L. 160, 10, C. B. 84, 40, R. G. 6, 85, F. C. 10, D. D. 15, F. C. 40, C. W. 10, Ch. Sch. 19, 60, W. D. 4, 80, Hamburg: P. 20, D. 50, P. W. 50, W. B. 5, Hannover: A. R. 40, F. L. 482, Harburg: S. 10, C. Sch. 10, S. W. 9, Oberhelden G. F. 19, Heidelberg: R. W. 2, 30, U. S. 2, 80, Pildesheim R. G. 76, Schäft A. Sch. 27, Görbe P. R. 13, Strichberg R. G. 7, 50, Jertohn G. 3, 28, 50, Jkehoe G. H. 67, 65, Kaiserslautern D. C. 5, 80, Kalk W. R. 26, 80, Kiel: J. W. 7, 30, G. W. 51, 95, Köhnenau A. R. 1, Leipzig: Former

